Parallele Verfahren in mehreren Jurisdiktionen

Dr Alexander Ressos, TEP
Attorney-at-Law (Switzerland and Germany),
Solicitor (England & Wales and Hong Kong)
Of Counsel, KGP Legal LLC
alexander.ressos@kgplegal.com.sg
www.ressos.com.sg

Die globale Einigung im Fall Keppel

Der Fall Keppel von 2017 ist Singapurs wichtigstes Beispiel für eine mit mehreren Staaten abgestimmte Einigung. Das amerikanische Department of Justice schloss mit KOM ein Deferred Prosecution Agreement, während sich die amerikanische Tochtergesellschaft vor dem Bundesgericht in Brooklyn schuldig bekannte. Die Strafzahlung belief sich insgesamt auf rund 422 Millionen US$.[1] Nach den öffentlichen Bekanntmachungen erhielt Brasilien die Hälfte der Strafzahlung, rund 211 Millionen US$, Singapur bis zu rund 105,6 Millionen US$, also ein Viertel.[2] Der Anteil Singapurs entspricht den beiden Raten von 52,8 Millionen US$, die das CPIB als Bedingungen seiner Verwarnung festgesetzt hatte.

Der Aufbau der Einigung zeigt, wie sich die Jurisdiktionen die Arbeit teilten. Die Vereinigten Staaten verfügten über die Ermittlungsressourcen und den Hebel des amerikanischen Marktes. Brasilien war das Land, in dem die Amtsträger bestochen worden waren, und Petrobras das geschädigte Unternehmen. Singapur war der Sitz des Unternehmens und der Ort, von dem aus die Zahlungen organisiert worden

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.

waren. Jeder Staat verhängte seine eigene Sanktion nach seinem eigenen Recht. Die Beträge wurden jedoch so abgestimmt, dass das Unternehmen für dasselbe Verhalten nicht dreimal zahlte.

Anrechnung und Verrechnung

Die Anrechnung ist das technische Mittel, das parallele Einigungen möglich macht. Bei der Verwarnung im Fall Keppel verringerte sich die zweite an Singapur zu zahlende Rate um etwaige Strafzahlungen, die innerhalb von drei Jahren an bestimmte brasilianische Behörden geleistet wurden. Die Seatrium-Vereinbarung wendet dieselbe Technik detaillierter an. Erreichen oder übersteigen die innerhalb von 30 Monaten an die brasilianischen Empfänger gezahlten Geldstrafen oder strafrechtlichen Sanktionen 53 Millionen US$, muss Seatrium die zweite Rate überhaupt nicht zahlen. Zahlungen in anderen Währungen werden zum Tageskurs in Dollar umgerechnet. Jeder an das Unternehmen zurückerstattete Betrag gilt als nicht gezahlt.[3]

Die Verrechnung beschränkt sich auf Geldstrafen und strafrechtliche Sanktionen, die wegen desselben oder im Wesentlichen desselben Sachverhalts gezahlt wurden. Zivilrechtlicher Schadenersatz und kommerzielle Vergleiche fallen nicht darunter. Ein Unternehmen, das in mehreren Jurisdiktionen verhandelt, muss seine Auslandszahlungen daher sorgfältig einordnen. Nur Zahlungen, die die Voraussetzungen der singapurischen Vereinbarung erfüllen, verringern die singapurische Strafzahlung.

Grenzüberschreitende Beweise und der Umgang mit Einzelpersonen

Parallele Verfahren werfen Beweisprobleme auf, die inländische Fälle nicht kennen. Die Begründung des CPIB für die Verwarnungen im Fall Keppel zählte sie genau auf: Unterlagen in mehreren Jurisdiktionen, Zeugen im Ausland, die nicht zur Aussage in Singapur gezwungen werden konnten, und die Beteiligung mehrerer Behörden.[4] Ein Unternehmen, das sich selbst anzeigt, kann seine eigenen Unterlagen vorlegen und seine Mitarbeiter zur Verfügung stellen. Die Anklage

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.

gegen Einzelpersonen, die die Vorwürfe bestreiten, hängt dagegen von Beweisen ab, die womöglich durch förmliches Ersuchen beschafft werden müssen. Sie hängt zudem von Zeugen ab, die die Reise verweigern können, und von ausländischen Verfahren, deren Zeitplan Singapur nicht bestimmt.

Das Verbot der Doppelbestrafung fügt eine weitere Ebene hinzu. Der MACMA verpflichtet den Attorney-General, Rechtshilfe abzulehnen, wenn die Person wegen desselben Verhaltens bereits verurteilt, freigesprochen oder begnadigt wurde.[5] Die Hemmung der Verjährungsfristen nach Section 149C des Criminal Procedure Code sichert Singapurs Position, solange eine Vereinbarung in Kraft ist. Eine Sachverhaltsdarstellung, die ein Unternehmen in Singapur einräumt, kann jedoch in Zivilverfahren im Ausland gegen es verwendet werden. Das ist ein Grund, warum Unternehmen ihren Wortlaut sorgfältig aushandeln und warum das Gericht im Fall Seatrium ihre Veröffentlichung aufschob.

Abstimmung durch Vereinbarung

Die Seatrium-Vereinbarung berücksichtigt ausländische Verfahren bereits in ihren Begriffsbestimmungen. Ihre Kooperationsklausel verpflichtet das Unternehmen, jeder „Law Enforcement Agency“ beizustehen, definiert als Behörde einer beliebigen Jurisdiktion, die Straftaten ermittelt, sobald der Public Prosecutor oder das CPIB dies verlangt. Der singapurische Staatsanwalt wird so zu einem Kanal, über den ausländische Ermittler die Mitwirkung eines singapurischen Unternehmens ohne gesondertes Rechtshilfeersuchen erhalten können. Die Vereinbarung lässt Seatrium zudem der Strafverfolgung wegen Straftaten ausgesetzt, die in der Sachverhaltsdarstellung „not disclosed in“ sind oder sich nicht aus ihr ergeben.[6] Eine vollständige Offenlegung liegt daher im eigenen Interesse des Unternehmens, denn nur offengelegtes Verhalten ist erfasst.

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.

Aufsichtsrechtliche und strafrechtliche Verfahrensstränge

Parallele Verfahren gibt es auch innerhalb Singapurs. Die Monetary Authority of Singapore kann zivilrechtliche Geldsanktionen verhängen, Lizenzen entziehen und Tätigkeitsverbote aussprechen, während der Public Prosecutor über strafrechtliche Anklagen entscheidet. Im Fall 1MDB etwa erhielt der frühere Investmentbanker Tim Leissner im März 2017 ein Tätigkeitsverbot der MAS. Es wurde im Dezember 2018 zu einem lebenslangen Verbot verlängert, nachdem er Anklagepunkte im Zusammenhang mit den 1MDB-Ermittlungen eingeräumt hatte.[7] Eingeständnisse in einem Strafverfahren zogen so in Singapur eine aufsichtsrechtliche Folge nach sich. Das Regime der Deferred Prosecution Agreements trägt diesem Zusammenspiel Rechnung, da die oben beschriebene Section 149C die Verjährungsfristen für Verfahren wegen zivilrechtlicher Geldsanktionen und für Disziplinarverfahren während der Laufzeit einer Vereinbarung hemmt.

Anmerkungen

1. Wikipedia, „Keppel Corporation“ (abgerufen im November 2026), unter Verweis auf Bloomberg, 22. Dezember 2017: KOM schloss ein Deferred Prosecution Agreement und erklärte sich bereit, „to pay $422 million to end the U.S. bribery probe“; die amerikanische Tochtergesellschaft bekannte sich vor dem Bundesgericht in Brooklyn schuldig; rund 55 Millionen US$ wurden gezahlt, um 13 Aufträge von Petrobras und einem weiteren Unternehmen zu erhalten. ↩

2. Aufteilung der Keppel-Strafzahlung (Brasilien 211,1 Millionen US$, 50 %; Singapur bis zu 105,6 Millionen US$, 25 %; Vereinigte Staaten der Rest) nach Sekundärzusammenfassungen der DOJ-Pressemitteilung vom 22. Dezember 2017. ↩

3. CPIB, „Conditional Warning Issued to Keppel Offshore & Marine Ltd“, 23. Dezember 2017, cpib.gov.sg; Government Gazette Notice No. 2439 vom 30. April 2026, Schedule, Klauseln 6.1.1(b) und 6.1.2(a)–(d). ↩

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.

4. CPIB, „Stern Warnings Issued to Six Former Keppel Offshore & Marine Limited Employees“, 12. Januar 2023, cpib.gov.sg. ↩
5. MACMA, s 20(1)(e) (Text nach lawplayer.com, abgerufen im November 2026). ↩
6. Government Gazette Notice No. 2439 vom 30. April 2026, Schedule, Klauseln 1.1(g) und 5.1; Government Gazette Notice No. 2439 vom 30. April 2026, Schedule, Klausel 4.3(a). ↩
7. Wikipedia, „1Malaysia Development Berhad scandal“ (abgerufen im November 2026): im März 2017 verhängte die MAS ein zehnjähriges Tätigkeitsverbot gegen Tim Leissner; im Dezember 2018, nachdem er Anklagepunkte im Zusammenhang mit den 1MDB-Ermittlungen eingeräumt hatte, wurde das Verbot zu einem lebenslangen Verbot verlängert; siehe Kapitel VI von Teil E. ↩

Disclaimer

This article is provided for general information only. It is based on publicly available sources as at its date of publication. These sources have not been independently verified against licences, regulatory registers or the records of the entities concerned. It is not legal, tax, financial or investment advice. Nor is it a recommendation to invest in, transact with or use the services of any entity mentioned. Law and regulation change frequently, so the content may be incomplete or outdated. To the fullest extent permitted by law, Dr Alexander Ressos and the publisher of SingaporeIQ exclude all liability for loss or damage arising from the use of or reliance on this article. Readers should obtain advice on their specific circumstances before acting or refraining from action.

Names and trademarks of the entities discussed belong to their owners and are used for identification only. Their mention implies no endorsement, affiliation or allegation of wrongdoing. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. Corrections and updates: contact@ressos.com.

© 2026 Dr Alexander Ressos. This article may be quoted with attribution to SingaporeIQ (SingaporeIQ.com). Reproduction in full and any commercial use require prior written consent. The Legal Terms at https://singaporeiq.com/legal-terms apply.

Author contact: Dr Alexander Ressos, TEP · contact@ressos.com

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.